

NIEDERSCHRIFT

über die **22.** Sitzung
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **05.12.2019**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:05 Uhr
Den Vorsitz führte: Barbara Brand

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Frau Dagmar Betz
 2. Frau Barbara Brand
 3. Herr Heiner Cöllen
 4. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
 5. Frau Ursel Meis
 6. Herr Werner Moritz
 7. Herr Bernd Ramakers
 8. Frau Katharina Reinhold
 9. Frau Birte Wienands
 10. Frau Dr. Linde Becker
- Vertretung für Frau Scheufeld-Küsters
- Vertretung für Herrn Heinz-Josef Engels

• SPD-Fraktion

11. Herr Denis Arndt
 12. Frau Sabine Kühn
 13. Frau Cornelia Lampert-Voscht
 14. Frau Gertrud Servos
 15. Frau Ursula Wolf
- Vertretung für Herrn Udo Bartsch

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16. Herr Martin Kresse
17. Frau Marianne Michael-Fränzel
18. Frau Angela Stein-Ulrich

• FDP-Fraktion

19. Herr Gerhard Heyner
20. Herr Dirk Rosellen

- **Die Linke**

21. Herr Oliver Schulz

von 17:10 Uhr bis 19:00 Uhr

- **Fraktion UWG/Freie Wähler Rhein-Kreis Neuss - Die Aktive**

22. Herr Carsten Thiel

- **Parteilose**

23. Frau Margot Mankowsky

- **beratende Mitglieder**

24. Herr Dr. Josef Merten

25. Herr Bülent Öztas

26. Frau Barbara Shahbaz

- **Verwaltung**

27. Frau Barbara Albrecht

28. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge

29. Herr Dr. Michael Dörr

30. Herr Siegfried Henkel

31. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

32. Herr Marcus Mertens

33. Frau Brigitte Carl-Hosse

34. Herr Christian Böhme

35. Herr Simon Eimer

36. Herr Dr. Frank Schäfer

- **Schriftführer**

37. Herr Carsten Paetau

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Flüchtlinge Vorlage: 50/3615/XVI/2019.....	4
3.	Tätigkeitsbericht der Telefonseelsorge Vorlage: 50/3612/XVI/2019	5
4.	Listeriose – Präventivmaßnahmen der Fleischbetriebe im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/3619/XVI/2019	6
5.	Umsetzung Bundesteilhabegesetz Vorlage: 50/3603/XVI/2019	6
6.	Verbindliche Bedarfsplanung für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/3549/XVI/2019	7
7.	Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/3613/XVI/2019	9
8.	Bericht über die Arbeit der Fürsorgestelle Vorlage: 50/3595/XVI/2019	10
9.	Schuleingangsuntersuchungen - neue Erkenntnisse und Interventionen Vorlage: 53/3618/XVI/2019	10
10.	Aktuelle Hebammensituation Vorlage: 53/3589/XVI/2019	10
11.	Mitteilungen	11
11.1.	Beratungsleistungen zum gesundheitlichen Umweltschutz Vorlage: 53/3623/XVI/2019	11
11.2.	Behandlung im Voraus planen (BVP) - Sachstand zur Implementierung einer regionalen Struktur Vorlage: 50/3596/XVI/2019.....	11
11.3.	Bundesprojekt "Pausentaste" für junge Menschen mit Pflegeverantwortung Vorlage: 50/3598/XVI/2019	11
11.4.	Fördermittel Land NRW zur Telemedizin in der ambulanten Patientenversorgung Vorlage: 53/3620/XVI/2019.....	11
11.5.	Neue Regelsätze 2020 Vorlage: 50/3601/XVI/2019	12
11.6.	Urteil BVerfG zu Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende / SGB II Vorlage: 50/3605/XVI/2019	12
11.7.	"Örtliche Planung" nach § 7 APG - Sachstand zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen Vorlage: 50/3597/XVI/2019	12
11.8.	Newsletter KI "Bildung und (Neu-)Zuwanderung im Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 50/3617/XVI/2019	12

11.9. Schwerpunktsetzungen KI in den Jahren 2020 und 2021 Vorlage: 50/3631/XVI/2019	13
11.10. Personelle Veränderungen im Kreissozialamt	13
12. Anfragen	13
12.1. Anfrage zur Inklusionsassistenz an OGS Vorlage: 50/3651/XVI/2019	13
12.2. Betriebseinstellung "Altenheim St. Josef Gustorf 1884" - Anfrage der Fraktionen der CDU und FDP vom 02.12.2019 Vorlage: 50/3644/XVI/2019	14
13. Anträge.....	14
13.1. Wohnen für Hilfe - Antrag der Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive vom 18.11.2019 Vorlage: 50/3627/XVI/2019	14

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Brand eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Anschließend wurde Frau Shahbaz, welche zum 1. Dezember 2019 die Nachfolge von Herrn Boland in der Geschäftsführung des Paritätischen im Rhein-Kreis Neuss angetreten hat, als neues beratendes Mitglied verpflichtet und durch die Ausschussvorsitzende willkommen geheißen.

2. Flüchtlinge Vorlage: 50/3615/XVI/2019

Protokoll:

Ausschussmitglied Kresse griff die in der Vorlage aufgeführten multiplen Problemlagen bei Alphabetisierungskursen auf und sah für den Bereich der Traumabewältigung einen Bedarf für eine flankierende Unterstützung. Hierzu erkundigte er sich, ob für die Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss Traumabehandlungen durchgeführt würden und ob hierfür genügend Sprachvermittler zur Verfügung stünden.

Herr Dr. Dörr, Leiter des Kreisgesundheitsamtes, führte aus, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in Neuss über 1.000 Plätze, davon derzeit 650 Plätze belegt, verfüge. In der Einrichtung befänden sich fünf Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen im Einsatz, welche u.a. die Bereiche allgemeine und internistische Versorgung abdecken würden. Eine psychiatrische Behandlung müsse durch einen Facharzt erfolgen, wofür es die Möglichkeit einer Überweisung gebe. Für den Personenkreis der anerkannten Flüchtlinge gebe es die Möglichkeit einer Finanzierung der Kosten der fachärztlichen Behandlung durch die Krankenkassen. Konkrete Fallzahlen habe die Verwaltung nicht vorliegen, werde jedoch versuchen, diese in Erfahrung zu bringen.

Nach Rücksprache mit dem behandelnden Arzt in der Einrichtung belaufe sich der Anteil der dort untergebrachten Flüchtlinge mit traumatischer Belastung auf rund 5 bis 10

Prozent. Dabei schwanke die Belegungszahl zwischen 400 und 700 Personen. Die meisten Flüchtlinge würden nach entsprechender Diagnose nachfolgend fachärztlich im Alexius-Krankenhaus in Neuss behandelt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Kresse zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes schlug Ausschussvorsitzende Brand vor, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 13. Februar 2020 zu setzen und das Kommunale Integrationszentrum des Rhein-Kreises Neuss um einen Bericht der Umsetzung sowie den Veränderungen gegenüber den Jahren 2016 und 2018 zu bitten.

Ausschussmitglied Servos erkundigte sich, zu welchen Anteilen Männer und Frauen an den Sprachkursen teilnehmen. Ausschussvorsitzende Brand antwortete, dass es hierzu auf Kreisebene keine detaillierte Aufstellung gebe. Die Verwaltung werde sich bemühen, Informationen zu erhalten und diese nach Möglichkeit dem Protokoll beizufügen.

Nach Auskunft der zuständigen Regional Koordinatorin des BAMF, Frau Kreuels, liege das Verhältnis von Männern zu Frauen bei der Teilnahme an Integrationskursen bei rund 60 Prozent zu 40 Prozent (Maximalwert). Damit liege der Wert über dem bundesweiten Durchschnitt, weil die zugelassenen Sprachkursträger in Neuss flexible Unterrichtszeiten anbieten würden.

Nach Einschätzung von Ausschussmitglied Stein-Ulrich gebe es grundsätzlich hohe Wartezeiten für Psychotherapeuten und bei der Vereinbarung und Wahrnehmung des Termins womöglich Probleme aufgrund von Sprachbarrieren. Speziell für diese Zielgruppe müsse das Angebot daher ausgeweitet werden.

Ausschussvorsitzende Brand erklärte, dass die Verwaltung diese Anregung aufgreife und sich bei den Krankenkassen nach den vorhandenen Möglichkeiten erkundigen werde.

3. Tätigkeitsbericht der Telefonseelsorge Vorlage: 50/3612/XVI/2019

Protokoll:

Frau Barbara Keßler, Leiterin der Telefonseelsorge, stellte anhand einer Präsentation die Tätigkeit der Telefonseelsorge vor. Die Präsentation und die in der Sitzung ausgelegten Informationsflyer sind dem Protokoll als **Anlagen** beigefügt.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Servos schätzte Frau Keßler den Anteil weiblicher Anrufer auf 60 Prozent und den männlicher Anrufer auf 40 Prozent. Ausländische Anrufer seien überwiegend türkischer Herkunft, da diese die niedrigste Sprachbarriere hätten. Bei der Telefonseelsorge seien rund 80 Prozent Beraterinnen und 20 Prozent Berater tätig.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Ramakers erklärte Frau Keßler, dass für Telefonate anonyme Räumlichkeiten genutzt würden. Die Beantwortung von Mails erfolge teilweise auch von zuhause aus. Hierdurch können die Betroffenen fortlaufend begleitet werden.

Ausschussmitglied Betz erkundigte sich, ob die Anrufe im Falle einer akuten Suizidgefahr zurückverfolgt werden können. Kreistagsabgeordneter Thiel fragte, ob bei den Betroffenen im Nachhinein der tatsächliche Besuch einer empfohlenen Fachstelle nachgefragt werde.

Frau Keßler teilte mit, dass die Rufnummer der Anrufenden zur Gewährleistung der Anonymität unterdrückt und beides daher nicht möglich sei. Wenn jemand Kontakt zu einer Beratungsstelle aufnehmen, könne erfahrungsgemäß von einer jedenfalls nicht akuten Suizidgefahr ausgegangen werden.

4. Listeriose – Präventivmaßnahmen der Fleischbetriebe im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/3619/XVI/2019

Protokoll:

Herr Simon Eimer, Lebensmittelkontrolleur der Kreisverwaltung, stellte in einem Kurzvortrag die Maßnahmen der Lebensmittelunternehmer und der Kontrollbehörden im Rhein-Kreis Neuss dar. Die Präsentation hierzu ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Kreistagsabgeordnete Servos erkundigte sich nach Ratschlägen, wie Verbraucher sich vor diesen Keimen schützen können. Herr Eimer empfahl hierfür insbesondere die Gewährleistung der Küchenhygiene (z.B. unterschiedliche Messer/ Bretter bei tierischen Lebensmitteln) und im Falle eines geschwächten Immunsystems den Verzicht auf Rohverzehr von Fleischprodukten.

Kreistagsabgeordneter Thiel befürchtete aufgrund des Falls in Nordhessen Schwachstellen des Kontrollsystems und forderte häufigere Prüfungen im Kreisgebiet. Kreisdezerrent Mankowsky wies darauf hin, dass erst das Zusammenwirken mehrerer Fehlverhalten zum Fall in Nordhessen geführt habe. Das Kontrollsystem als solches habe sich bewährt, so dass er keinen Anlass sehe, dieses umzustellen oder gar in Frage zu stellen.

5. Umsetzung Bundesteilhabegesetz

Vorlage: 50/3603/XVI/2019

Protokoll:

Auf Nachfragen der Ausschussmitglieder Schulz, Kresse und Cöllen zur mangelhaften Datenqualität der durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) an den Rhein-Kreis Neuss übertragenen Fälle führte Kreisdirektor Brügge aus, dass die Falldaten nicht anders aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden konnten. Insbesondere die fehlerhafte Dokumentation des Herkunftsortes, der als „gewöhnlicher Aufenthalt“ entscheidend ist, führe zu erheblichem Ermittlungsaufwand durch die kreisangehörigen Kommunen, welche die Daten nach dem einmalig erfolgten Datenaustausch nunmehr selbst nachbessern müssten.

Ausschussmitglied Servos erkundigte sich, ob die Betroffenen auch durch die Kreisverwaltung umfangreiche Informationen erhalten hätten. Kreisdirektor Brügge wies darauf hin, dass der LVR mit mehreren Schreiben die Leistungsberechtigten und -träger informiert hätte. Zusätzlich habe der Kreis eine Informationsveranstaltung mit den Trägern durchgeführt, welche die Verwaltung als ausreichend einschätzt. Falls anderslautende Hinweise an die Verwaltung herangetragen werden sollten, würde entsprechend nachgesteuert.

Kreissozialamtsleiter Henkel führte ergänzend aus, dass bei den kreisangehörigen Städten und der Gemeinde Rommerskirchen zum Stichtag 30. November 2019 insgesamt 1.053 Fälle in Bearbeitung genommen worden seien (also 110 Fälle mehr als zum in der

Sitzungsvorlage ausgewiesenen Stichtag 11. November 2019). Für eine rechtzeitige Auszahlung der Leistungen für Januar 2020 müssten möglichst viele dieser Fälle noch bis zum 12. Dezember 2019 in den Zahlungslauf gebracht werden. Damit dies umgesetzt werden kann, hätten einzelne kreisangehörigen Kommunen Überstunden angeordnet.

6. Verbindliche Bedarfsplanung für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/3549/XVI/2019

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge zeigte die Entwicklung der Kurzzeit- und Tagespflege im Rhein-Kreis Neuss anhand einer Präsentation auf. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Kresse fragte nach, ob sich durch den Ausfall der für November geplanten Sitzung der „Konferenz Gesundheit, Pflege und Alter“ (siehe Punkt 1.2 der Vorlage) ein formaler Mangel für die Verbindliche Bedarfsplanung ergebe. Herr Marcus Mertens, Leiter der Produktgruppe 50.3 im Sozialamt verneinte dies mit dem Hinweis, dass die Thematik in der Sitzung der Konferenz am 15. Mai 2019 beraten worden sei. Da die Beschlussvorlage für die heutige Sitzung im Wesentlichen mit der Beschlussvorlage in der Sitzung des Kreistages am 26. Juni 2019 übereinstimme, sei die Anforderung aus dem APG ausreichend erfüllt.

Auf die Nachfrage von Ausschussmitglied Schulz, ob die Datenlieferung durch IT NRW im Jahr 2020 voraussichtlich rechtzeitig erfolgen werde, teilte Herr Mertens mit, dass die Verwaltung diese frühzeitig anfragen werde, letztlich jedoch an den Lieferungszeitpunkt durch IT NRW gebunden sei.

Nach Einschätzung von Ausschussmitglied C. Thiel gebe es im Kreisgebiet derzeit noch zu wenige solitäre Kurzzeitpflegeplätze. Ausschussmitglied Servos sah insbesondere für junge Pflegebedürftige einen zusätzlichen Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen. Ausschussmitglied Dr. Klose schilderte aus höchst persönlicher Erfahrung seine Schwierigkeit, einen Kurzzeitpflegeplatz zu finden. Eingestreute Kurzzeitpflege allein könne dauerhaft keine ausreichende Lösung darstellen, um die Nachfrage abzudecken.

Herr Mertens wies darauf hin, dass sich die Beschlussvorlage zur verbindlichen Bedarfsplanung allein auf den stationären Pflegebereich beziehe. Falls der Kreistag dies zukünftig beschließe, gebe die Verwaltung gerne eine Studie zur Bedarfsermittlung für Kurzzeit- und Tagespflege in Auftrag, auf deren Basis für diesen Bereich eine verbindliche Bedarfsplanung erfolgen könne. Die Verwaltung sehe sowohl derzeit als auch für die Zukunft ebenfalls einen Bedarf an solitären Kurzzeitpflegeplätzen und stehe diesbezüglich derzeit mit 4 Pflegeheimen aus dem Kreisgebiet in Kontakt, die beabsichtigen insgesamt 46 zusätzliche Kurzzeitpflegeplätze in Anbindung an die bestehenden Häuser zu schaffen. Die Umsetzung dieser Vorhaben benötige in jedem Fall Zeit, da auch baurechtliche Aspekte berücksichtigt werden müssten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Meis zu den Aktivitäten der Verwaltung zur Gewinnung Pflegepersonal verwies Kreisdirektor Brügge auf die Ausführungen unter anderem zum „Bündnis Pflege“ in der Vorlage-Nr. 50/3597/XVI/2019 zu TOP 11.7 „Örtliche Planung nach § 7 APG - Sachstand zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen“ der Sitzung.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt gemäß § 7 Abs. 6 APG NRW das Gutachten „Pflegebedarfsplanung Rhein-Kreis Neuss“ des ALP-Institutes, Hamburg, vom Dezember 2017 zur Örtlichen Planung im Sinne des § 7 Abs. 1 APG NRW zu erklären.

Auf Grundlage der vorhandenen Prognosedaten des ALP-Institutes, den Daten der WTG-Behörde zur personellen Ausstattung der im Betrieb befindlichen Pflegeeinrichtungen sowie den Daten über die derzeit vorhandenen, jedoch nicht tatsächlich dem Pflegemarkt zur Bedarfsdeckung zur Verfügung stehenden Pflegeplätze im Kreisgebiet wird der Bedarf für zusätzliche, vollstationäre Pflegeplätze in den kreisangehörigen Kommunen bzw. Sozialräumen wie folgt festgestellt:

Korschenbroich

Für die Stadt Korschenbroich wird kein Bedarf ausgewiesen.

Es wird derzeit ein minimaler Platzüberhang prognostiziert. Bereits vorhandene Plätze stehen derzeit nicht für die Bedarfsdeckung zur Verfügung.

Kaarst

Die Bedarfswerte für Kaarst sind signifikant hoch, was sich mit der Auslastungsmeldung der Kaarster Einrichtungen deckt, die in den vergangenen 2 Jahren fast immer nur einen oder zwei leere Plätze zum Stichtag gemeldet haben.

Für die Stadt Kaarst wurde mit Beschluss des Kreistages am 26.06.2019 bereits der Bedarf für die Neuplanung einer Einrichtung mit 80 vollstationären Pflegeplätzen festgestellt. Die notwendigen Verfahrensschritte zur Ausschreibung des Bedarfs wurden seitens der Verwaltung in die Wege geleitet.

Ein weiterer Bedarf, der über das eingeleitete Verfahren hinausgeht, wird derzeit nicht festgestellt.

Jüchen, Rommerskirchen, Grevenbroich, Dormagen

Das südliche Kreisgebiet wird als sozialräumliche Einheit betrachtet. Prognostizierte Bedarfe und Überhänge halten sich in diesem Sozialraum bis 2022 die Waage. In den vergangenen 2 Jahren meldeten die Einrichtungen aus den genannten Kommunen zu den einzelnen Stichtagen insgesamt jeweils rund 80 freie Plätze.

Für die Kommunen Jüchen, Grevenbroich, Rommerskirchen und Dormagen wird bei Betrachtung als gemeinsamer Sozialraum kein Bedarf festgestellt.

Die Entwicklung in der Stadt Dormagen ist im Hinblick auf die Prognosedaten sowie die vorhandenen, aktuell nicht für die Bedarfsdeckung zur Verfügung stehenden Plätze zu beobachten.

Neuss

Für die Stadt Neuss wird derzeit kein Bedarf festgestellt.

Die Entwicklung in der Stadt Neuss ist hinsichtlich der Prognosedaten, der bereits bestehenden, derzeit aber nicht für die Bedarfsdeckung zur Verfügung stehenden Plätze und hinsichtlich der tatsächlichen Verfügbarkeit von Pflegepersonal zu beobachten. Dabei sind auch die geplante Schaffung 40 zusätzlicher stationärer Pflegeplätze, für die bereits eine Bedarfsbestätigung ausgesprochen wurde, und die geplante Schaffung sozialer Kurzzeitpflegeplätze in Anbindung an 2 bestehende Einrichtungen zu berücksichtigen.

Im Hinblick auf die Langzeitprognosen wird die seitens der Stadt Neuss vertretene Haltung begrüßt, schon jetzt das notwendige Planungsrecht für die spätere Ansiedlung einer weiteren Pflegeeinrichtung zu schaffen. Unter Berücksichtigung des vorhandenen Bestands sowie der Bedarfsprognosen für Kaarst und Meerbusch wäre hier ein Standort im Neusser Norden sinnvoll.

Meerbusch

Für die Stadt Meerbusch wird derzeit kein Bedarf festgestellt.

Die Entwicklung in der Stadt Meerbusch ist im Hinblick auf die Prognosedaten sowie die vorhandenen, aktuell nicht für die Bedarfsdeckung zur Verfügung stehenden Plätze zu beobachten.

Gemäß § 11 Abs. 7 APG NRW ist eine Förderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 14 APG NRW, die innerhalb des Rhein-Keises Neuss neu entstehen und zusätzliche Plätze zur Bedarfsdeckung schaffen davon abhängig, dass auf der Grundlage dieses Beschlusses durch die Verwaltung eine Bedarfsbestätigung ausgesprochen wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gutachten und diesen Beschluss des Kreistages gemäß § 7 Abs. 6 APG NRW in Verbindung mit § 11 Abs. 7 Satz 2 APG NRW öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

7. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/3613/XVI/2019

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge ergänzte die Vorlage dahingehend, dass der Verwaltung das Urteil zum Neusser Fall zwischenzeitlich vorliege und hierzu mit der Firma Analyse & Konzepte bereits ein Austausch stattgefunden habe. Die Firma Analyse & Konzepte habe darauf hingewiesen, dass deren Konzept in einem weiteren Verfahren vor dem LSG NRW bestätigt worden sei. Am 05.09.2019 sei ein Urteil ergangen, gegen welches auch die Revision zugelassen worden sei, weil die Frage, welche die Anforderungen sind, die im gerichtlichen Verfahren an die Prüfung eines schlüssigen Konzepts zu stellen sind, eine das ganze Bundesgebiet betreffende Rechtsfrage darstelle.

Aufgrund der Bitte von Ausschussmitglied C. Thiel sagte Kreissozialamtsleiter Henkel zu, dass die Urteilsbegründung den Kreistagsfraktionen mit dem Protokoll zugeschickt werde (Anmerkung: Versand der beiden Urteile des SG Düsseldorf, Az.: S 29 AS 1037/18 und S 29 AS 4533/17, an die Fraktionsgeschäftsstellen bereits per E-Mail am 12. Dezember 2019 erfolgt).

Nach Auffassung von Ausschussmitglied C. Thiel führe das Urteil des SG Düsseldorf zu einer mangelnden Rechtssicherheit des derzeit geltenden grundsicherungsrelevanten Mietspiegels für den Rhein-Kreis Neuss. Kreisdirektor Brügge und Ausschussmitglied Cöllen entgegneten, dass Rechtssicherheit durch Urteile einer Kammer des Sozialgerichts bei divergierender Entscheidung einer anderen Kammer desselben Gerichts nicht zu erreichen sei. Schon dieser Umstand spreche dafür Berufung gegen das Urteil einzulegen.

Ausschussvorsitzende Brand fasste abschließend zusammen, dass die Verwaltung zu dieser Thematik weiter berichten werde.

8. Bericht über die Arbeit der Fürsorgestelle **Vorlage: 50/3595/XVI/2019**

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Arbeit der Fürsorgestelle zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9. Schuleingangsuntersuchungen - neue Erkenntnisse und Interventionen

Vorlage: 53/3618/XVI/2019

Protokoll:

Frau Barbara Albrecht vom Kreisgesundheitsamt stellte die im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen im Jahr 2019 festgestellten Auffälligkeiten und Entwicklungstrends sowie neue Angebote im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst anhand einer Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Herr Dr. Klose erkundigte sich, mit welchen Maßnahmen das Kreisgesundheitsamt den gegenüber den Ergebnissen des Jahres 2010 festgestellten Verschlechterungen in den Bereichen Visuomotorik und Zahlenvorwissen begegne. Hierzu führte Kreisdezernent Mankowsky aus, dass für die Förderung der Vorläuferfähigkeiten der Kinder für die Schule nicht nur die Kindergärten, sondern in erster Linie die Eltern gefragt seien, welche die Verwaltung daher explizit miteinbeziehe und berate. Der Kontakt zu den Eltern werde durch Aktivitäten des Kreisgesundheitsamtes in den Kindergärten sowie durch Einbeziehung von Sozialarbeitern hergestellt. Die Verwaltung engagiere sich in diesem Bereich sehr und trage so zu einer Verbesserung der Ergebnisse bei.

10. Aktuelle Hebammensituation

Vorlage: 53/3589/XVI/2019

Protokoll:

Kreisgesundheitsdezernent Mankowsky ging in einem Kurzvortrag auf die aktuelle Hebammensituation im Rhein-Kreis Neuss und die Aktivitäten des Kreisgesundheitsamtes in diesem Bereich ein. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Betz und Kreistagsabgeordneter Thiel betonten die Wichtigkeit der Nachversorgung durch Hebammen, welche hierfür jedoch leider nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stünden. Ein Problem bestehe darin, dass die Hebammen die hohen Kosten für eine Haftpflichtversicherung selbst finanzieren müssten.

Kreisgesundheitsdezernent Mankowsky bestätigte einen zusätzlichen Bedarf an Hebammen. Im Jahr 2020 werde das Kreisgesundheitsamt wieder Fortbildungen durchführen

und im Rahmen der Haushaltsberatung geprüft, ob für das Jahr 2021 weiterhin Mittel hierfür benötigt würden. Die Verwaltung befinde sich nach einer Einschätzung in diesem Bereich auf einem guten Weg.

11. Mitteilungen

11.1. Beratungsleistungen zum gesundheitlichen Umweltschutz

Vorlage: 53/3623/XVI/2019

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

11.2. Behandlung im Voraus planen (BVP) - Sachstand zur Implementierung einer regionalen Struktur

Vorlage: 50/3596/XVI/2019

Protokoll:

Ausschussmitglied Kresse schlug eine Erweiterung des Konzeptes um den Aspekt der häuslichen Pflege vor. Ausschussvorsitzende Brand wies darauf hin, dass sich der in der Sitzung am 11. September 2019 durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss gefasste Beschluss auf den stationären Pflegebereich beschränke und die weitere Entwicklung der Konzeptumsetzung abgewartet werden sollte.

11.3. Bundesprojekt "Pausentaste" für junge Menschen mit Pflegeverantwortung

Vorlage: 50/3598/XVI/2019

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

11.4. Fördermittel Land NRW zur Telemedizin in der ambulanten Patientenversorgung

Vorlage: 53/3620/XVI/2019

Protokoll:

Kreisgesundheitsdezernent Mankowsky berichtete von zwischenzeitlich geführten Gesprächen zwischen der Verwaltung und der Technologiezentrum Glehn GmbH, welche eine entsprechende Schulung der Arzthelferinnen beabsichtige, um diese für die telemedizinische Versorgung im Kreisgebiet einsetzen zu können. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt zeichne sich ein Rückgang der hausärztlichen Versorgung ab, welcher sich in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter verschärfen werde. Um dieser Problematik bereits frühzeitig zu begegnen, wolle die Verwaltung im Bereich der Telemedizin in der ambulanten Versorgung unterstützend aktiv werden und vorhandene Möglichkeiten ausschöpfen. Die entsprechenden Förderanträge würden nicht vom Rhein-Kreis Neuss, sondern von der Kassenärztlichen Versorgung gestellt.

Ausschussmitglied Betz fragte, ob die derzeit im Kreisgebiet vorhandene Infrastruktur für die Implementierung der Telemedizin ausreiche.

Kreisgesundheitsdezernent Mankowsky wies darauf hin, dass teilweise noch auf die Bereitschaft der Ärztinnen und Ärzte, von denen manche der Thematik aufgrund negativer Erfahrungen in der Vergangenheit kritisch gegenüber stünden, hingewirkt werden müsse. Kreisdirektor Brügge ergänzte, dass die Verwaltung regelmäßig im Kreisausschuss über den Breitbandausbau berichte. Derzeit gehe man davon aus, dass Anfang des Jahres 2021 nach Abschluss aller noch erforderlichen Baumaßnahmen eine nahezu flächendeckende Versorgung mit mindestens 30 Mbit erzielt werde.

11.5. Neue Regelsätze 2020

Vorlage: 50/3601/XVI/2019

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

11.6. Urteil BVerfG zu Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende / SGB II

Vorlage: 50/3605/XVI/2019

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

11.7. "Örtliche Planung" nach § 7 APG - Sachstand zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen

Vorlage: 50/3597/XVI/2019

Protokoll:

Ausschussmitglied Servos begrüßte im Namen der SPD-Kreistagsfraktion die Einbeziehung des „Themenfeldes“ Pflege junger Menschen im Rhein-Kreis Neuss durch Erstellung einer spezifischen Fachstudie.

Ausschussmitglied Kühl schlug für das Vorgehen zur Bedarfsermittlung ergänzend vor, auf den Datenbestand aus der quartalsweisen Überprüfung durch die Pflegekasse zurückzugreifen. Eine alleinige Befragung der Pflegedienste könne die Lebensbedingungen von ambulant gepflegten, jüngeren Menschen aus ihrer Sicht nicht eindeutig abbilden, da manche Familien nicht oder aber auf mehrere verschiedene Pflegedienste zurückgreifen würden.

Kreisdirektor Brügge bestätigte ihr abschließend, dass ein Vertreter der Firma GEWOS GmbH die Ergebnisse dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vorstellen werde.

11.8. Newsletter KI "Bildung und (Neu-)Zuwanderung im Rhein-Kreis Neuss"

Vorlage: 50/3617/XVI/2019

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

11.9. Schwerpunktsetzungen KI in den Jahren 2020 und 2021

Vorlage: 50/3631/XVI/2019

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

11.10. Personelle Veränderungen im Kreissozialamt

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge stellte Frau Brigitte Carl-Hosse, die an der Sitzung teilgenommen und ihren Dienst zum 1. Oktober 2019 bei der Kreisverwaltung begonnen hat, als neue Leiterin der Schwerbehindertenstelle vor. Eine weitere personelle Veränderung ergebe sich in naher Zukunft durch den Wechsel von Herrn Marcus Mertens, derzeitiger Leiter der WTG-Behörde, in das Kreisordnungsamt, wo er ab dem 1. Januar 2020 die Amtsleitung übernehmen wird.

12. Anfragen

12.1. Anfrage zur Inklusionsassistenz an OGS

Vorlage: 50/3651/XVI/2019

Protokoll:

Ausschussmitglied Stein-Ulrich erkundigte sich, inwieweit für die Inklusionsassistenz im Rahmen des Offenen Ganztages ab dem 01. Januar 2020 der Einsatz von Einkommen und Vermögen gefordert werde. Nach ihrer Rechtsauffassung müssten hierfür als Leistungen zur Teilhabe an Bildung im Sinne des § 136 SGB IX (neu) keine Beiträge aufgebracht werden.

Kreisdirektor Brügge antwortete, dass eine Subsumierung des offenen Ganztages unter die Leistungen zur Teilhabe an Bildung aufgrund der bis zum 31. Dezember 2019 geltenden Rechtslage bislang streitig und gemäß der einschlägigen Rechtsprechung letztlich nicht möglich gewesen sei. Leistungen zur Teilhabe an Bildung würden von Beginn an einkommens- und vermögensunabhängig erbracht. Er habe in der Vergangenheit bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass der offene Ganztage mit Inkrafttreten des BTHG zum 1. Januar 2020 aufgrund der gesetzlichen Formulierung und der Erlasslage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW zur schulischen Bildung gehören werde.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich merkte an, dass es nicht an allen Schulen Poollösungen gebe und diese insbesondere für den Vormittagsbereich gedacht seien. Zudem erkundigte sie sich, ob für Kinder mit Inklusionshelfer im Vormittagsbereich jetzt die Möglichkeit bestehe, diesen auch für nachmittags in Anspruch zu nehmen.

Kreisdirektor Brügge bestätigte dies für den Zeitraum ab 01. Januar 2020. Die Erforderlichkeit eines Inklusionshelfers für den offenen Ganztage müsse dann im Einzelfall geprüft werden. Seiner Meinung nach sollen die Poollösungen nicht nur den Vormittagsbereich abdecken. Vielmehr strebe er die Erarbeitung und Organisation von Poollösungen auch für den offenen Ganztage an.

12.2. Betriebseinstellung "Altenheim St. Josef Gustorf 1884" - Anfrage der Fraktionen der CDU und FDP vom 02.12.2019

Vorlage: 50/3644/XVI/2019

Protokoll:

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Rosellen erklärte Kreisdirektor Brügge, dass die WTG-Behörde grundsätzlich keine Bedenken gegen einen Weiterbetrieb der Pflegeeinrichtung über den 30. Juni 2020 hinaus habe, jedoch langfristig aufgrund rechtlicher Vorgaben weitergehende Anforderungen an die Gebäudeausstattung erfüllt werden müssten.

13. Anträge

13.1. Wohnen für Hilfe - Antrag der Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive vom 18.11.2019

Vorlage: 50/3627/XVI/2019

Protokoll:

Nach kurzer Diskussion zwischen Kreistagsabgeordnetem Thiel und Kreistagsabgeordnetem Ramakers wurde sich darauf verständigt, die Thematik zunächst in der Bürgermeisterkonferenz abzustimmen und den Antrag vorerst zurückzustellen. Kreistagsabgeordnete Servos schlug vor, das Konzept auf Personen mit Unterstützungsbedarf auszuweiten.

Kreisdirektor Brügge machte darauf aufmerksam, dass der Antrag gemäß § 9 Abs. 9 Geschäftsordnung des Kreistages einen Deckungsvorschlag enthalten müsse. Ein solcher sei der jetzigen Fassung des Antrages nicht zu entnehmen.

Herr Öztas wies auf den derzeitigen Wechsel der Geschäftsführungen der Wohlfahrtsverbände (Herr Havers bei Diakonie Neuss, Frau Braun beim SKF Neuss, Herr Kallen bei der Caritas, Herr Boland bei Paritätische) hin und bat, deren Nachfolger/-innen bei der Einladung entsprechend zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive wird zurückgestellt und die Thematik zunächst mit den Städten und der Gemeinde erörtert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Barbara Brand um 20:05 Uhr die Sitzung.

Barbara Brand
Vorsitzende

Carsten Paetau
Schriftführung